



Entscheidung Nr. 15591 (V) vom 17.05.2022  
bekannt gemacht im Bundesanzeiger AT 27.06.2022

Antragstellerin:

[REDACTED]

Verfahrensbevollmächtigter:

[REDACTED]

Die Prüfstelle für jugendgefährdende Medien hat  
auf den am 21.04.2022 eingegangenen Antrag  
gemäß §§ 18 Abs. 7 Satz 1, 23 Abs. 1 JuSchG in der Besetzung:

Vorsitzender:

[REDACTED]

Literatur:

[REDACTED]

Kirchen, jüdische Kultusgemeinden und  
andere Religionsgemeinschaften:

[REDACTED]

einstimmig beschlossen:

Der Videofilm  
„Tenebre – Der kalte Hauch des  
Todes (Tenebrae)“,  
VPS Film Entertainment GmbH,  
München

wird aus der Liste der jugendgefähr-  
denden Medien **gestrichen**.

## Sachverhalt

Bei dem verfahrensgegenständlichen Videofilm „Tenebre – Der kalte Hauch des Todes“ handelt es sich um eine 1984 erschienene Produktion aus Italien. Regie führte Dario Argento.

Der Inhalt des Filmes lässt sich wie folgt zusammenfassen:

„Tenebrae“ ist der Titel eines Bestsellers, den sein amerikanischer Autor gerade in Rom vorstellt. Begleitet wird seine Werbekampagne von einigen sadistischen Rasiermesser-Morden, die die Phantasien seines Romans in die Realität umsetzen. Da die Ermittlungen der Polizei ergebnislos sind, übernimmt der Krimi-Autor selbst die Nachforschungen. Als er in einem neurotischen Fernseh-Literaturmoderator den Killer entdeckt, tötet er ihn, schlüpft aber nun selbst in die Rolle des Täters, um sich an seiner Frau und ihrem Geliebten, seinem Freund und Manager, zu rächen.“

Der Videofilm wurde mit Entscheidung Nr. VA 20/85 vom 19.12.1985, bekannt gemacht im Bundesanzeiger Nr. 241 vom 31.12.1985, in die Liste der jugendgefährdenden Medien eingetragen. Der Film wurde mit Beschluss des Amtsgerichts München vom 24.9.1987 bundesweit beschlagnahmt und eingezogen. Zuletzt wurde der Film mit Entscheidung Nr. 9568 (V) vom 08.11.2010, bekannt gemacht im Bundesanzeiger Nr. 181 vom 30.11.2010 folgeindiziert und in Teil B der Liste der jugendgefährdenden Medien eingetragen. Zur Begründung der Indizierung wurde ausgeführt, der Film wirke durch die enthaltenen Gewaltdarstellungen in erheblichem Maße verrohend und beinhalte gewaltverherrlichende Darstellungen (§ 131 StGB).

Auf die Beschwerde der Verfahrensbeteiligten gegen den Beschlagnahmebeschluss teilte das Landgericht München mit Schreiben vom 14.04.2022 mit, dass keine Akten mehr zu dem Verfahren vorhanden sind.

Mit Schreiben vom 21.04.2022 hat die Antragstellerin beantragt, den Videofilm aus der Liste der jugendgefährdenden Medien zu streichen. Die Verfahrensbeteiligte führt hierzu aus, der Film sei 1982 produziert worden, was man dem Film auch deutlich ansehe. Die Dialoge, Kleidung und Frisuren führten teilweise zu einer unfreiwillig komischen Wirkungsweise. Der Film präsentiere die genretypischen Gewaltspitzen jeweils aus der unschuldigen Opferperspektive, wodurch bei den Rezipierenden „Angstlust“ bedient und die Spannung erhöht werde. Strafrechtliche Relevanz gehe von den Darstellungen nicht aus. Hierbei seien heutige Maßstäbe anzulegen, weswegen sich eine Tatbestandsmäßigkeit nach § 131 StGB auszuschließen sei. Darüber hinaus seien vergleichbare Gewaltdarstellungen in anderen Filmwerken bereits mit „keine Jugendfreigabe“ gekennzeichnet worden.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der Prüfkarte und den des Videofilms Bezug genommen. Die Mitglieder des 3er-Gremiums haben sich den Videofilm in voller Länge und bei normaler Laufgeschwindigkeit angesehen.

## Gründe

Der Videofilm „Tenebre – Der kalte Hauch des Todes“ war antragsgemäß aus der Liste der jugendgefährdenden Medien zu streichen.

Nach § 18 Abs. 7 S. 1 JuSchG sind Medien aus der Liste zu streichen, wenn die Voraussetzungen des § 18 Abs. 1 bzw. des § 15 Abs. 2 JuSchG nicht mehr vorliegen. Die Voraussetzungen für eine Aufnahme liegen insbesondere dann nicht mehr vor, wenn aufgrund eines nachhaltigen

Wertewandels oder neuer Erkenntnisse aus der Medienwirkungsforschung ausgeschlossen werden kann, dass die betreffenden Medieninhalte weiterhin geeignet sind, Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung oder Erziehung zu gefährden. Die Prüfstelle darf an einer tiefgreifenden und nachhaltigen Änderung dieser Anschauungen nicht vorbeigehen, sofern der Wandel nicht lediglich vorübergehenden Charakter trägt (BVerwGE 39, 197, 201).

Daraus ergibt sich, dass das Medium in seiner Gesamtheit an der heute gesellschaftlich vorherrschenden Werteordnung gemessen werden muss. Nur, wenn von dem Medium insgesamt nach dem heutigen Stand der Medienwirkungsforschung vor dem Hintergrund der aktuellen Werte keine jugendgefährdende Wirkung mehr vermutet wird, kommt eine Aufhebung der Indizierung in Betracht. Geht hingegen auch nur von einem Teil des Mediums aus heutiger Sicht eine Jugendgefährdung aus, hat das Medium als solches in der Liste zu verbleiben. Ausgangspunkt der Entscheidung der Prüfstelle ist mithin die Jugendgefährdung, die über die Schwelle der Jugendbeeinträchtigung hinausreicht.

Als jugendgefährdend sind gemäß § 18 Abs. 1 Satz 2 JuSchG vor allem unsittliche, verrohrend wirkende, zu Gewalttätigkeit, Verbrechen oder Rassenhass anreizende Medien sowie solche Medien, in denen Gewalthandlungen wie Mord- und Metzelszenen selbstzweckhaft und detailliert dargestellt werden oder Selbstjustiz als einzig bewährtes Mittel zur Durchsetzung der vermeintlichen Gerechtigkeit nahe gelegt wird, anzusehen.

Der Inhalt des verfahrensgegenständlichen Filmes ist nach heutigen Maßstäben nicht mehr als jugendgefährdend anzusehen. Insbesondere eine verrohende und zu Gewalttätigkeit anreizende Wirkung geht von dem Film nicht mehr aus.

Unter dem Begriff Verrohung nach § 18 Abs. 1 Satz 2 JuSchG ist die Desensibilisierung von Kindern und Jugendlichen im Hinblick auf die im Rahmen des gesellschaftlichen Zusammenlebens gezogenen Grenzen der Rücksichtnahme und der Achtung anderer Individuen zu verstehen, die in dem Außerachtlassen angemessener Mittel der zwischenmenschlichen Auseinandersetzung sowie dem Verzicht auf jedwede mitmenschliche Solidarität ihren Ausdruck findet (Liesching, in Liesching/Schuster, Jugendschutzrecht, 5. Auflage, § 18 JuSchG, Rn. 33). Nach der Rechtsprechung wirken Medien immer dann verrohend, „wenn sie geeignet sind, bei Kindern und Jugendlichen negative Charaktereigenschaften wie Sadismus und Gewalttätigkeit, Gefühllosigkeit gegenüber anderen, Hinterlist und gemeine Schadenfreude zu wecken oder zu fördern“ (VG Köln, Beschl. V. 31.05.2010, Az. 22 L 1899/09, MMR 2010, 578). Erfasst sind somit Medien, die eine gleichgültige oder positive Einstellung zum Leiden Dritter als eine dem verfassungsrechtlichen Wertebild entgegengesetzte Anschauung vermitteln (Liesching, in Liesching/Schuster, Jugendschutzrecht, 5. Auflage, § 18 JuSchG, Rn. 33).

Eine verrohende Wirkung ist folglich anzunehmen, wenn das Risiko besteht, dass ein Medium Kinder und Jugendliche innerlich gegenüber dem Schicksal und Leiden anderer Menschen stumpfen lässt (Stumpf, Jugendschutz oder Geschmackszensur? Die Indizierung von Medien nach dem Jugendschutzgesetz, 2009, S. 184).

Das Gremium ist zu der Überzeugung gelangt, dass die im Film enthaltenen Szenen in ihrer visuellen Darstellung nach heutigen Maßstäben nicht mehr als jugendgefährdend einzustufen sind. Bei einer wertenden Gesamtbetrachtung überwiegen vielmehr die distanzschaffenden Effekte. Zu verweisen ist hier auf die äußerst künstlich wirkenden Bluteffekte, die aufgrund der heutigen Medienkompetenz von Jugendlichen für diese kaum Wirkmächtigkeit entfaltet.

So werden die Tötungen an sich nicht in einer jugendgefährdenden Intensität dargestellt. Beispielsweise in Minute 10 schneidet der Täter seinem Opfer mit einem Rasiermesser in den Hals,

während er ihr Seiten des Romans in den Mund stopft. Der tödliche Schnitt findet „off screen“ statt, wird also selbst nicht gezeigt. Lediglich die Leiche des Opfers ist kurz zu sehen, sodass es sich bei diesen Darstellungen lediglich um eine Gewaltpitze handelt. Ähnliches gilt für den Axtmord, der ab Minute 85 präsentiert wird. Der Täter trennt seinem Opfer zunächst den Arm ab und schlägt ihr anschließend mit der Axt in den Rücken. Auch hier werden beide Handlungen nur sehr kurz visualisiert und nicht lang und breit geschildert.

Ferner hat das Gremium als entlastend berücksichtigt, dass die in dem Film verwendeten Effekte nicht die Qualität erreichen, mit denen Minderjährige entsprechend ihrer heutigen Sehgewohnheiten konfrontiert werden. Das im Film verwendete Blut erscheint leuchtend rot und wirkt daher erkennbar sehr künstlich. Diese eher realitätsferne Präsentation lässt die Gewalthandlungen für die Rezipierenden unfreiwillig komisch wirken, was weiter distanzschaffend wirkt.

In der Gesamtschau hat das Gremium darüber hinaus berücksichtigt, dass der Film aufgrund seiner eher altmodischen Aufmachung und langatmigen Erzählweise für Jugendliche nur wenig Affinität haben dürfte. Aus heutiger Sicht wirken diese Maßstäbe bezogen auf Handlung, Erzähltempo und Spezialeffekte als überholt. Für Minderjährige mit heutigen Sehgewohnheiten wirkt diese Art der Darstellung nicht mehr zeitgemäß. Von einem Transfer heutiger Jugendlicher in ihre eigene Lebensrealität ist daher nicht auszugehen. Der dramaturgische Bogen wird in vorhersehbarer Weise aufgebaut, so dass die die Handlung tragenden Gewaltszenen den Zuschauer nicht überraschend konfrontieren. Die dargestellte Gewalt ist zudem nicht detailliert oder selbstzweckhaft in den Mittelpunkt gerückt, eher wirkt sie durch die schauspielerische Umsetzung und akustische Untermalung inszeniert und dadurch keinesfalls nachahmenswert.

Da nach Auffassung des Gremiums der verfahrensgegenständliche Film bereits keinen Jugendgefährdungstatbestand verwirklicht, kam es im vorliegenden Verfahren auf eine Abwägung zwischen den Belangen des Jugendschutzes und der Bedeutung der Kunstfreiheit nicht mehr an.

Aufgrund der Streichung des verfahrensgegenständlichen Films aus der Liste der jugendgefährdenden Medien erfolgt eine Streichung sämtlicher noch in der Liste befindlichen, wegen Inhaltsähnlichkeit indizierten Filmfassungen.

Ob von dem Film noch eine Jugendbeeinträchtigung ausgeht, war vom Gremium nicht zu entscheiden. Diese Beurteilung obliegt den Obersten Jugendbehörden der Länder.



#### **Gebührenerhebung:**

Die Festsetzung der Kosten für dieses Verfahren bleibt einer gesonderten Entscheidung vorbehalten.